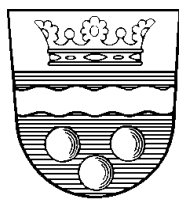


Gemeinde Langenbach



Vorbericht

zum
Haushaltsplan
der
Gemeinde Langenbach

für das
Haushaltsjahr

2025

(§ 2 Abs. 2 Nr. 1, § 3 KommHV)

Inhaltsverzeichnis:

1.	Vorbemerkungen:	Seite: 6
2.	Haushaltsvergleich:	Seite: 6
3.	Steuerkraft und Umlagekraft	Seite: 7
4.	Überblick über das Haushaltsjahr	Seite: 8
4.1.	Verwaltungshaushalt	
4.1.1.	Einnahmen	Seite: 9-12
4.1.2.	Ausgaben	Seite:13-17
4.2.	Vermögenshaushalt	
4.2.1.	Einnahmen	Seite:18
4.2.2.	Ausgaben	Seite:19-20
5.	Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt:	Seite:21-22
6.	Rücklagen:	Seite:22
7.	Vermögen:	Seite:23
8.	Kassenlage/Kassenkredite:	Seite:23
9.	Schulden:	Seite:23-24
10.	Kreditähnliche Verpflichtungen:	Seite:24
11.	Übersicht über Beteiligungen:	Seite:24
12.	Statistische Angaben:	Seite:25

1. Vorbemerkungen

Aufgabe des Vorberichtes ist es, einen Überblick über die allgemeine Finanzlage der Gemeinde Langenbach und über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen zu geben und erhebliche Veränderungen zu erläutern.

Entsprechend den Vorschriften der Gemeindeordnung und der KommHV-Kameralistik sind auch die diesjährigen Haushalts- und Finanzplanansätze nach dem Prinzip der Haushaltsklarheit und -wahrheit veranschlagt.

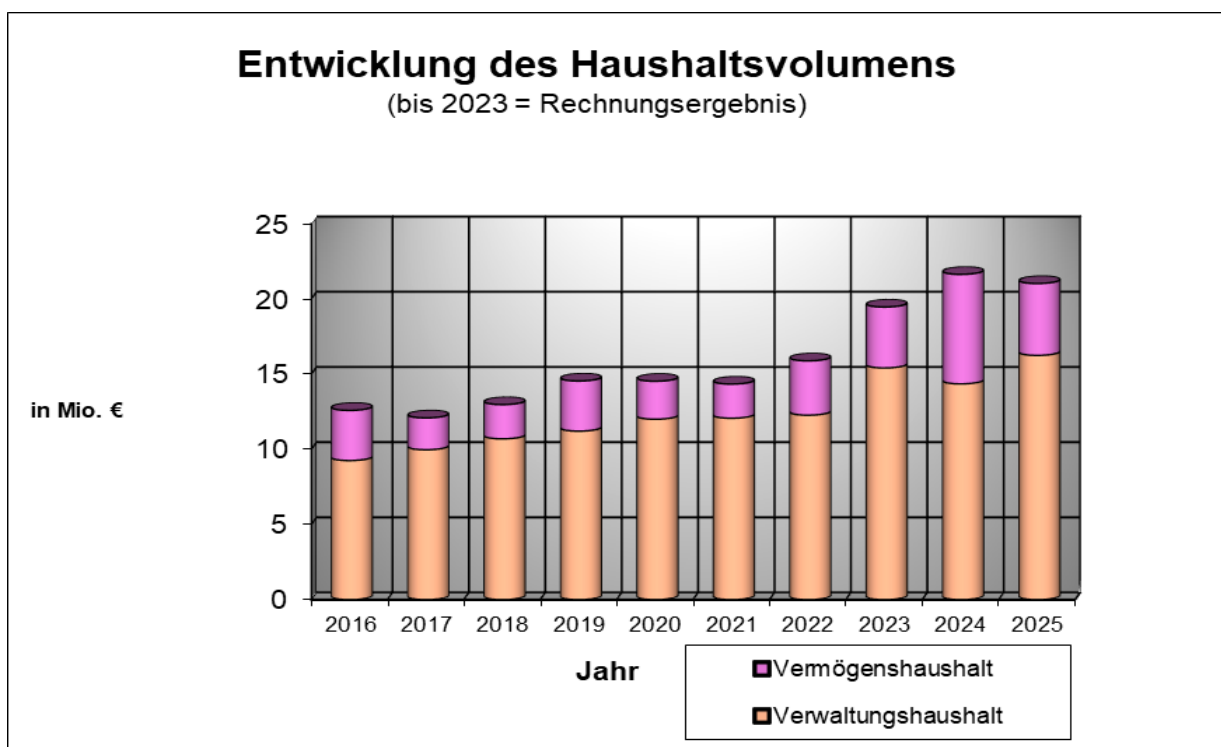
Für die mittelfristige Finanzplanung bis einschließlich 2028 wurden alle aus heutiger Sicht bekannten Entwicklungen und Veränderungen berücksichtigt.

Auch wenn in den kommenden Jahren aufgrund der anstehenden erheblichen Investitionen der Gemeinde die vorhandene hohe Allgemeine Rücklage deutlich reduziert wird, ist der Nutzen der nachhaltigen Investitionsmaßnahmen der Gemeinde stärker zu bewerten.

2. Haushaltsvergleich

Das Haushaltsvolumen, d.h. die Summe der Einnahmen und Ausgaben von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt hat sich gegenüber den beiden Vorjahren wie folgt verändert:

	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2024 Euro	Rechnungs- Ergebnis 2023 Euro
Verwaltungshaushalt	16.245.000	14.352.000	15.412.013,63
(Veränderung gegenüber Vorjahr)	13,19%	-6,88%	
Vermögenshaushalt	4.778.000	7.280.000	4.047.874,58
(Veränderung gegenüber Vorjahr)	-34,37%	79,85%	
Gesamthaushalt	21.023.000	21.632.000	19.459.888,21
(Veränderung gegenüber Vorjahr)	-2,82%	11,16%	



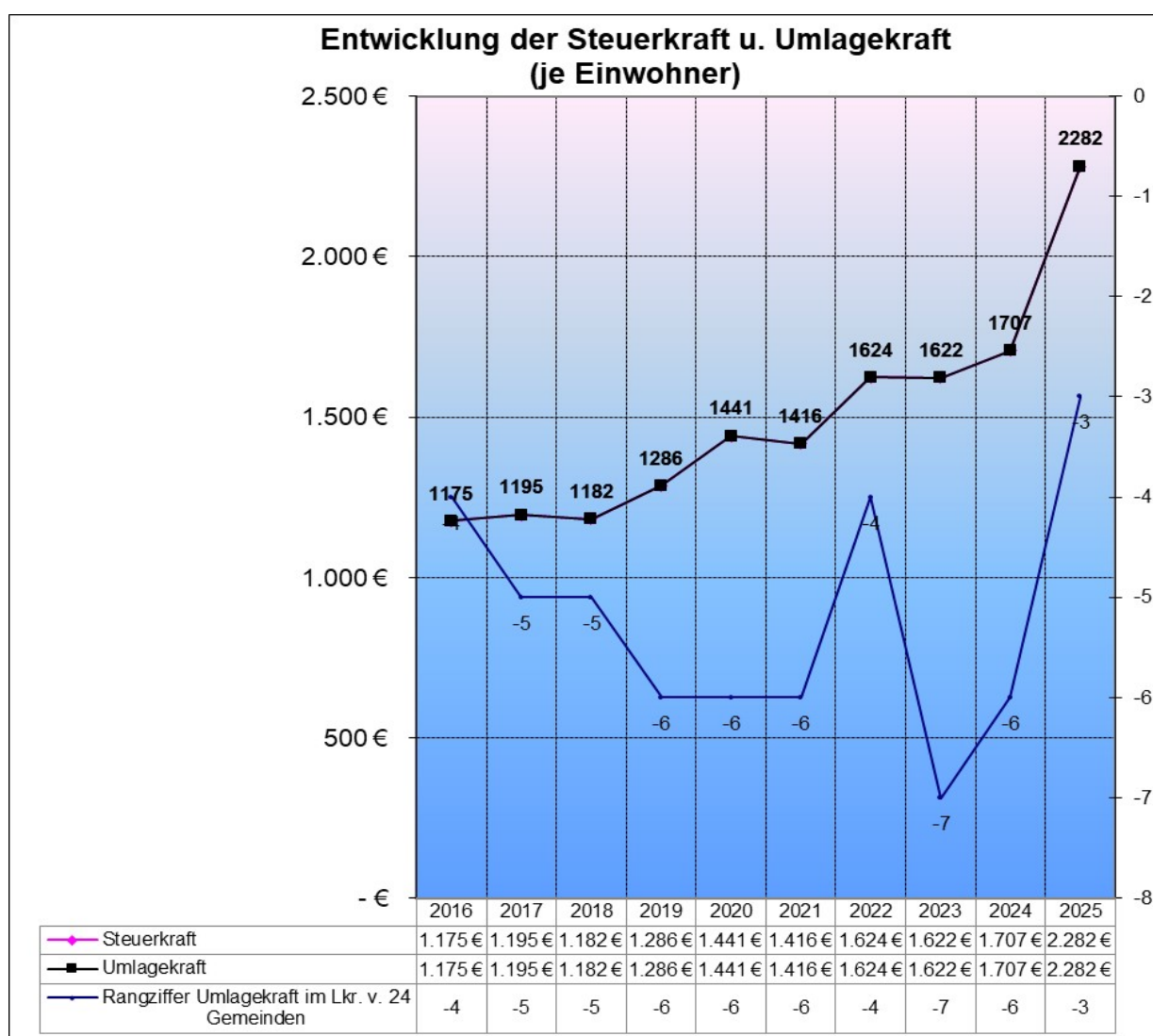
3. Steuerkraft und Umlagekraft:

Die Steuerkraft der Gemeinde Langenbach errechnet sich aus den Grund- u. Gewerbesteuer-Ist-Einnahmen, dem Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer und dem Beteiligungsbetrag an der Umsatzsteuer des Vorvorjahres.

Für das Jahr 2025 liegen bereits die endgültigen Umlagegrundlagen vor. Wie auch im Vorjahr, werden zur Berechnung der Steuerkraftzahl der Einkommensteuerbeteiligung die Schlüsselzahlen aus den Höchstbeträgen 40.000 € bzw. 80.000 € herangezogen.

Entwicklung der Steuerkraft bzw. Umlagekraft je Einwohner unserer Gemeinde:

2025	2281,61 €	4110 Einwohner am 31.12.2023
2024	1707,24 €	4105 Einwohner am 31.12.2022
2023	1621,86 €	4059 Einwohner am 31.12.2021



Die dargestellte Linie der Umlagekraft ist deckungsgleich mit der Linie der Steuerkraft, da die Gemeinde Langenbach aufgrund der hohen Steuerkraft seit dem Jahr 2005 keine Schlüsselzuweisung mehr bekommt.

Im Landkreisvergleich liegt Langenbach mit ihrer Steuerkraft im Jahr 2025 auf Rang 3 (Vorjahr Rang 6).

4. Haushaltsüberblick:

Das Haushaltsvolumen des Gesamthaushalts weist im Planjahr 2025 im Vergleich der letzten 10 Jahre einen sehr hohen Stand auf. Dabei wächst der Verwaltungshaushalt in diesem Zeitraum von ca. 9,253 Mio. € im Jahre 2016 auf 16,245 Mio. € im Jahre 2025 an.

Die Einkommensteuerbeteiligung ist im Jahr 2025 die zweitgrößte Einnahmequelle der Gemeinde im Verwaltungshaushalt. Überholt wird diese auch im Planjahr von der größten Einnahmequelle der Gewerbesteuer.

Die Haushaltsplanung 2025 basiert zum Teil auf Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ deren 167. Sitzung vom 22.10. bis 24.10.2024 stattfand. Mit dieser neuesten Schätzung wurden die Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai 2024 nach unten korrigiert. Die schwächelnde Konjunktur in Deutschland kann sich negativ auf den Gemeindehaushalt auswirken. Die weitere Entwicklung sollte daher genau beobachtet werden.

Haushaltsreste aus Vorjahren:

Mit dem Jahreswechsel von 2023 auf 2024 wurden im Vermögenshaushalt Haushaltsausgabereste mit einem Gesamtbetrag von 1.038.143,76 € vorgetragen. Haushaltseinnahmereste wurden nicht vorgetragen. Im Verwaltungshaushalt wurde lediglich ein Haushaltsausgabereste-Betrag von 9.500,83 € in das Haushaltsjahr 2024 übertragen. Hierbei handelt es sich um Reste aus den Bereichen Mittagsbetreuung, Schulbibliothek und Kindertagesstätten: Hier wurden speziell die zweckgebundenen Elternbeiträge zum Spielgeld und Spendeneinnahmen als Haushaltsreste übertragen.

Nach Abschluss des laufenden Haushaltsjahres werden die noch vorhandenen und die in begrenztem Umfang neu gebildeten Haushaltsreste ins neue Haushaltsjahr übertragen.

Kredite:

Im Haushaltsjahr 2025 sind neue Kreditaufnahmen mit einem Gesamtbetrag von 1 Mio. € geplant. Weitere Informationen zum Schuldenstand siehe Seite 23.

4.1. Verwaltungshaushalt:

4.1.1. Die wichtigsten Einnahmen:

HHStelle:	Bezeichnung	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2024 Euro	Rechnungs- Ergebnis 2023 Euro
9000.0000	Grundsteuer A	29.800	51.900	51.866,35
9000.0010	Grundsteuer B	527.700	459.100	452.907,81
9000.0030	Gewerbsteuer	5.000.000	4.750.000	6.415.248,18
9000.0100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (§ 1 ff GFRG u. Art. 1 FAG)	3.871.100	3.652.000	3.483.592,00
9000.0120	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (§ 5 a ff GFRG u. Art. 1 FAG)	310.500	314.800	283.823,00
9000.0220	Hundesteuer	6.400	6.300	6.452,50
9000.0270	Zweitwohnungssteuer	10.000	10.000	9.546,61
9000.0410	Schlüsselzuweisungen (Art. 2 u. 3 FAG)	0	0	0
9000.0610	Grunderwerbsteueranteil (Art. 8 FAG)	75.000	75.000	79.293,62
9000.0611	Finanzzuweisungen (Art. 7 FAG)	75.700	75.600	74.803,62
9000.0612	Einkommensteuerersatz (Art. 1 b FAG)	281.200	292.200	263.189,00
9100.2800	Zuführung vom Vermögenshaushalt Haushaltsjahr 2026: 0 € Haushaltsjahr 2027: 0 € Haushaltsjahr 2028: 0 €	978.000	0	0,00

Erläuterung zu HHStellen 9000.0000 Grundsteuer A u. 9000.0010 Grundsteuer B:

Die Grundsteuer ist aufgrund der Stabilität der Besteuerungsgrundlagen eine kontinuierliche und sichere Einnahmeart.

Infolge der Grundsteuerreform werden die Wohngebäude der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe künftig der Grundsteuer B zugeordnet. Wegen dieser Verschiebung reduziert sich bei der Grundsteuer A das Messbetragsaufkommen erheblich und der Hebesatz müsste kräftig erhöht werden, damit diese Grundsteuerart aufkommensneutral bleibt. Um diesen Nachteil bei der Grundsteuer A für die Grundsteuerzahler auszugleichen, wird dieser Hebesatz **nicht** erhöht, sondern in bisheriger Höhe beibehalten. Das Messbetragsaufkommen bei der Grundsteuer B erhöht sich reformbedingt. Da der Hebesatz der Grundsteuer B künftig unter dem Nivellierungshebesatzes liegt, müsste die Gemeinde durch Einrechnung in die Umlagekraft, beispielsweise eine Kreisumlage für nicht eingenommene Grundsteuern bezahlen. Unter Berücksichtigung des Nivellierungshebesatzes bei der Grundsteuer B in Höhe von derzeit 310 v.H. zur Berechnung der Steuerkraft für künftige Haushaltsjahre (ab 2027), wird der Hebesatz der Grundsteuer B von bisher 330 v.H. um 50 v.H. auf 280 v.H. reduziert.

Die Grundsteuer berechnet sich aus dem vom Finanzamt festgesetzten Grundsteuermessbetrag multipliziert mit dem von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz.

Die Hebesätze der Gemeinde Langenbach betragen ab dem Jahr 2025

für die Grundsteuer A **330%** (Vorjahr 330%),

für die Grundsteuer B **280%** (Vorjahr 330%).

Erläuterung zu HHStelle 9000.0030 Gewerbesteuer:

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer verbleiben abzüglich der Gewerbesteuerumlage bei der Gemeinde. Nach Artikel 106 Abs. 6 Satz 4 Grundgesetz können Bund und Länder durch eine Umlage an dem Aufkommen der Gewerbesteuer beteiligt werden. Von dieser Möglichkeit wird seit dem Jahr 1970 durch das Gemeindefinanzreformgesetz (GemFinRefG), im Austausch gegen einen betragsmäßig bedeutenderen Anteil der Gemeinden am Aufkommen der Einkommensteuer, Gebrauch gemacht.

Zunächst erfolgte eine hälftige Aufteilung der Umlage zwischen Bund und Ländern. Seit 1995 an wird die Umlage entsprechend dem Verhältnis der in Prozent festgelegten Bundes- und Landesvervielfältiger auf den Bund und das Land aufgeteilt.

Die zu zahlende Gewerbesteuerumlage berechnet sich aus dem Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen des aktuellen Jahres. Dieses wird durch den Hebesatz geteilt und mit dem o.g. gesetzlich festgelegten Vervielfältiger multipliziert. Ab dem Haushaltsjahr 2020 ist die Erhöhung aufgrund des Solidarpaktes (29,0 %) entfallen, so dass die Gewerbesteuerumlage seitdem 35 % beträgt (siehe auch Seite 15).

Der Gewerbesteuer kommt auch im Jahr 2025 eine sehr hohe Bedeutung zu, diese macht knapp 1/3 aller Einnahmen des Verwaltungshaushaltes aus.

Für das Jahr 2025 ist die Einnahme aus der Gewerbesteuer mit einem Betrag von 5.000.000 € eingeplant worden.

Der aktuelle Hebesatz der Gemeinde für die Gewerbesteuer liegt seit dem Jahr 2013 unverändert bei 330 %.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Haushaltsstelle 9000.0030:

2024	2025	2026	2027	2028
4.475.000 €	5.000.000 €	5.295.000 €	5.475.000 €	5.645.000 €

Erläuterung zu HHStelle 9000.0100 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:

Der den Gemeinden durch das Grundgesetz (Art. 106 Abs. 5) garantierte Anteil an der Einkommensteuer ist eine der bedeutendsten Einnahmequellen der Gemeinde.

Dieser Anteil beträgt 15 % des Aufkommens an Lohn- und Einkommensteuer sowie 12 % des Aufkommens an Kapitalertragsteuer. Die Gemeinde erhält diese Anteile grundsätzlich entsprechend den Steuerzahlungen ihrer Bürger nach den Höchstbeträgen des zu versteuernden Einkommens von 40.000 € / 80.000 € (Grundtabelle/Splittingtabelle).

Hier kommt der Gemeinde Langenbach das vergleichsweise gute Einkommensniveau zugute.

Laut Mitteilung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung vom 11.11.2024 über die voraussichtlichen Beteiligungsbeträge der Gemeinde an der Einkommensteuer beläuft sich im Kalenderjahr 2025 die Beteiligung auf 3.871.120 €. Dieser Betrag basiert auf dem Ergebnis der 167. Steuerschätzung vom 22. bis 24.10.2024. Auf dieser Basis wurde ein Betrag von 3.871.100 € im Haushaltsplan berücksichtigt.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Haushaltsstelle 9000.0100:

2024	2025	2026	2027	2028
3.652.000 €	3.871.100 €	4.091.700 €	4.320.800 €	4.528.100 €

Erläuterung zu HHStelle 9000.0612 Gemeindeanteil am Einkommensteuerersatz:

Der Einkommenssteuerersatz ist eine Beteiligung der Gemeinden an der erhöhten Umsatzsteuer, die der Bund seit 1996 den Ländern zum Ausgleich von Mindereinnahmen der Länder und Kommunen bei der Einkommensteuer durch den ab diesem Zeitpunkt geänderten Familienleistungsausgleich (Kindergeld und Kinderfreibeträge) überlässt. Nach Art. 1b des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes erhalten die Gemeinden 26,08 Prozent der erhöhten Landesanteile an der Umsatzsteuer, die das Land als Ausgleich für eine überproportionale Belastung aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs sowie zum Ausgleich der Belastungen durch Steuerrechtsänderungen im Einkommensteuergesetz erhält. Vom geschätzten Einkommensteuerersatz erhält unsere Gemeinde einen Beteiligungsbetrag von 281.204 €.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Haushaltsstelle 9000.0612:

2024	2025	2026	2027	2028
292.200 €	281.200 €	275.800 €	268.900 €	263.500 €

Erläuterung zu HHStelle 9000.0120 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer:

Diese Einnahmeart wurde ab 01.01.1998 zum Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer eingeführt. Die Kommunen werden seitdem am Umsatzaufkommen des Freistaates Bayern beteiligt. Nach § 1 Satz 3 des Finanzausgleichsgesetzes erhalten die Gemeinden 1,99594395 % des bundesweiten Aufkommens an der Umsatzsteuer zuzüglich eines Festbetrags im Jahr 2025 von bundesweit 2.400 Mio. EUR. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird ab dem Jahr 2018 nicht mehr nach Übergangsschlüsseln, sondern nach § 5a des Gemeindefinanzreformgesetzes nach dem fortschreibungsfähigen endgültigen Schlüssel verteilt.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Haushaltsstelle 9000.0120:

2024	2025	2026	2027	2028
314.800 €	310.500 €	317.900 €	324.200 €	330.600 €

Erläuterung zu HHStelle 9000.0410 Schlüsselzuweisung:

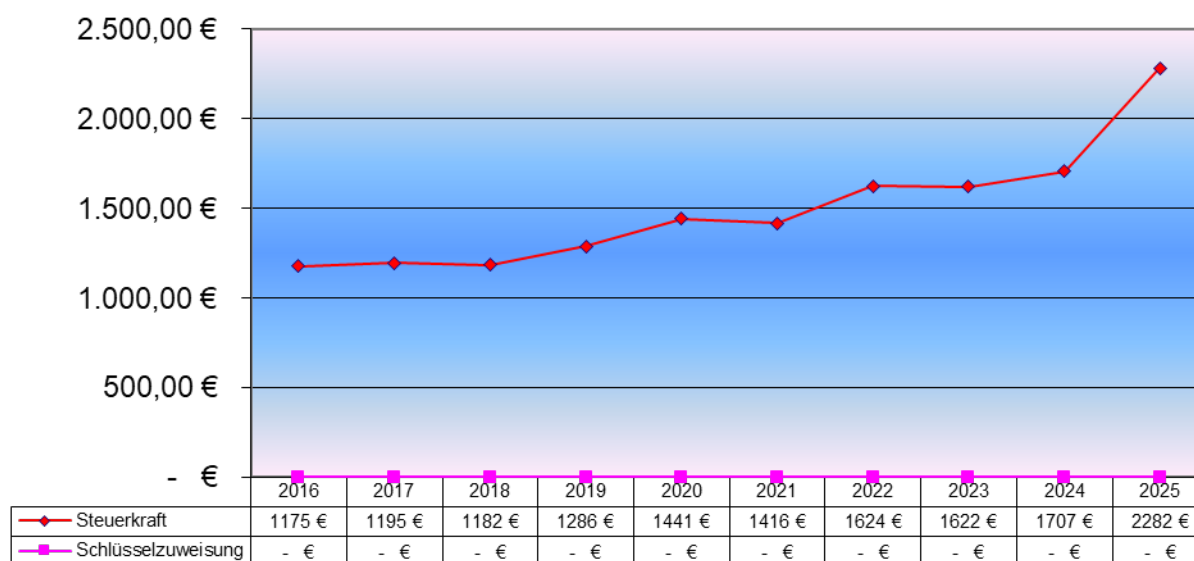
Die staatliche Schlüsselzuweisung unterstützt im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs Gemeinden mit schwacher eigener Steuerkraft. Die Verteilung der Schlüsselmasse unter den Kommunen für das Plan-Jahr erfolgt jeweils auf Grundlage der Steuerkraft des Vorjahres, somit für das Haushaltsjahr 2025 auf Basis des Jahres 2023.

Die Gemeinde Langenbach erhält seit dem Jahr 2005 keine Schlüsselzuweisung mehr. Da dies grundsätzlich mit einer Steigerung der gemeindeeigenen Steuerkraft zusammenhängt, wird die Gemeinde Langenbach auch in den kommenden Jahren mit keiner Schlüsselzuweisung rechnen können.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Haushaltsstelle 9000.0410:

2024	2025	2026	2027	2028
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

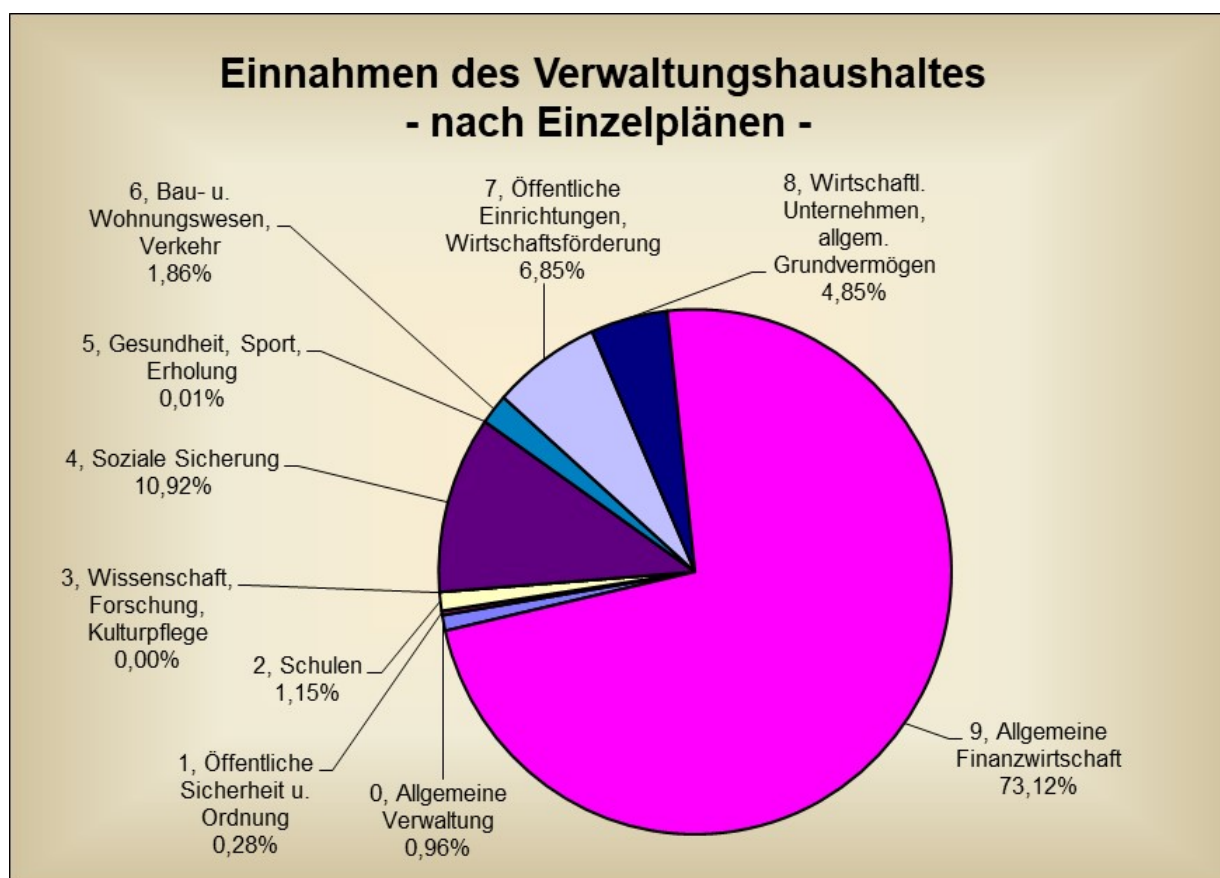
Schlüsselzuweisung ist abhängig von der Steuerkraft



Haushaltsjahr 2025

Die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes verteilen sich auf die Einzelpläne 0-9 wie folgt:

Einzelplanbezeichnung	Ansatz	%-Anteil
Allgemeine Verwaltung (Einzelplan 0)	156.200,00 €	0,96%
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung (Einzelplan 1)	45.300,00 €	0,28%
Schulen (Einzelplan 2)	186.300,00 €	1,15%
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege (Einzelplan 3)	600,00 €	0,00%
Soziale Sicherung: u.a. Kindergärten (Einzelplan 4)	1.774.300,00 €	10,92%
Gesundheit, Sport, Erholung (Einzelplan 5)	1.300,00 €	0,01%
Bau- u. Wohnungswesen, Verkehr: u.a. Straßen (Einzelplan 6)	302.300,00 €	1,86%
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung: u.a. Abwasserbeseitigung (Einzelplan 7)	1.112.600,00 €	6,85%
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- u. Sondervermögen u.a. Wasserversorgung u. "Alter Wirt" (Einzelplan 8)	787.300,00 €	4,85%
Allgemeine Finanzwirtschaft (Einzelplan 9)	11.878.800,00 €	73,12%
Summe:	16.245.000,00 €	100%



4.1.2. Die wichtigsten Ausgaben:

Im Verwaltungshaushalt können Ausgaben, die sachlich eng zusammenhängen für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden. Die sog. „echte“ Deckungsfähigkeit nach § 18 KommHV stellt eine Ausnahmeregelung vom Grundsatz der Veranschlagung nach Einzelzwecken, also vom Grundsatz der sachlichen Bindung der Ausgabemittel dar. Die Ausführung des Haushaltsplans wird durch dieses Verfahren beweglicher. Mit dem Haushaltsplan 2025 werden verschiedene Haushaltsstellen durch Haushaltsvermerk für deckungsfähig erklärt (siehe Erläuterungsspalte im Haushaltsplan, Deckungskreisübersicht, Deckungskreislisten, Erläuterungen zu den Deckungskreisen und Budgetplanung auf Seiten 283 bis 340).

Zum Unterabschnitt 2110: Grundschule Langenbach

Beim Unterabschnitt 2110 und Unterabschnitt 3520 wurden verschiedene Haushaltsstellen zusammen budgetiert und im Deckungskreis 21 zusammengefasst (siehe Budgetübersicht auf Seiten 334 - 336 und Deckungskreisliste auf Seiten 290 u. 321).

Zum Unterabschnitt 4640: Gemeindekindergarten „Mooshäusl“

Beim Unterabschnitt 4640 wurden verschiedene Haushaltsstellen zusammen budgetiert und im Deckungskreis 464 zusammengefasst (siehe Budgetübersicht auf Seiten 337 - 338 und Deckungskreisliste auf Seite 322).

Zum Unterabschnitt 4643: Gemeindekindergarten „Hummelnest“

Beim Unterabschnitt 4643 wurden verschiedene Haushaltsstellen zusammen budgetiert und im Deckungskreis 4643 zusammengefasst (siehe Budgetübersicht auf Seiten 339 - 340 und Deckungskreisliste auf Seite 331).

HHStelle	Bezeichnung	Ansatz 2025 Euro	Ansatz 2024 Euro	Rechnungs- Ergebnis 2023 Euro
Gruppe4	Personalausgaben	4.425.200	4.331.600	3.715.988,54
Gruppe5 u. Gruppe6	Sächlicher Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	4.293.000	4.043.200	3.595.536,58
Gruppe7	Zuweisungen u. Zuschüsse	1.108.600	964.900	958.578,51
Gruppe8	Sonstige Finanzausgaben	6.418.200	5.012.300	7.141.910,00
in Gruppe 8 enthalten				
9000.8100	Gewerbesteuerumlage (§ 6 GFRG u. Art. 1 FAG)	530.300	503.800	687.617,00
9000.8320	Kreisumlage (Art. 18 FAG)	5.242.000	3.602.300	3.284.985,86
9100.80	Zinsausgaben	149.200	134.600	127.931,62
91.860	Zuführung zum Vermögenshaushalt (ohne Sonderrücklagen) Haushaltsjahr 2026: 825.800€ Haushaltsjahr 2027: 782.800€ Haushaltsjahr 2028: 763.800€	420.800	713.200	3.020.982,55

Erläuterung zur Gruppierung 4, Personalausgaben:

Im Haushaltsplan 2025 wurde bei den Beschäftigungsentgelten eine durchschnittliche Tarifierhöhung von plus 2,5 % p.a. eingerechnet und bei den Beamtenbesoldungen eine Steigerung plus 5,042 % p.a. (+5,5 % ab 02.2025).

Im Finanzplanjahr 2026 wurde eine Tarifierhöhung von 2,5 % p.a., in 2027 von 2,5 % p.a. und in 2028 von 2,5 % p.a. angenommen.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 12.10.2021 beläuft sich die leistungsorientierte Bezahlung nach § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD auf 4 % des Entgelt-Volumens.

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Gruppierung 4:

2024	2025	2026	2027	2028
4.331.600 €	4.425.200 €	4.535.800 €	4.648.400 €	4.763.500 €

Erläuterung zur Gruppierung 5/6, Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:

Haushaltsansätze lt. Finanzplan bei Gruppierung 5/6:

2024	2025	2026	2027	2028
4.043.200 €	4.293.000 €	3.878.900 €	3.898.900 €	3.820.000 €

Erläuterung zu HHStelle 9000.8320: Kreisumlage an den Landkreis Freising

Umlagekraft je Einwohner:

2025 2281,61 €	4110 Einwohner am 31.12.2023
2024 1707,24 €	4105 Einwohner am 31.12.2022
2023 1621,86 €	4059 Einwohner am 31.12.2021

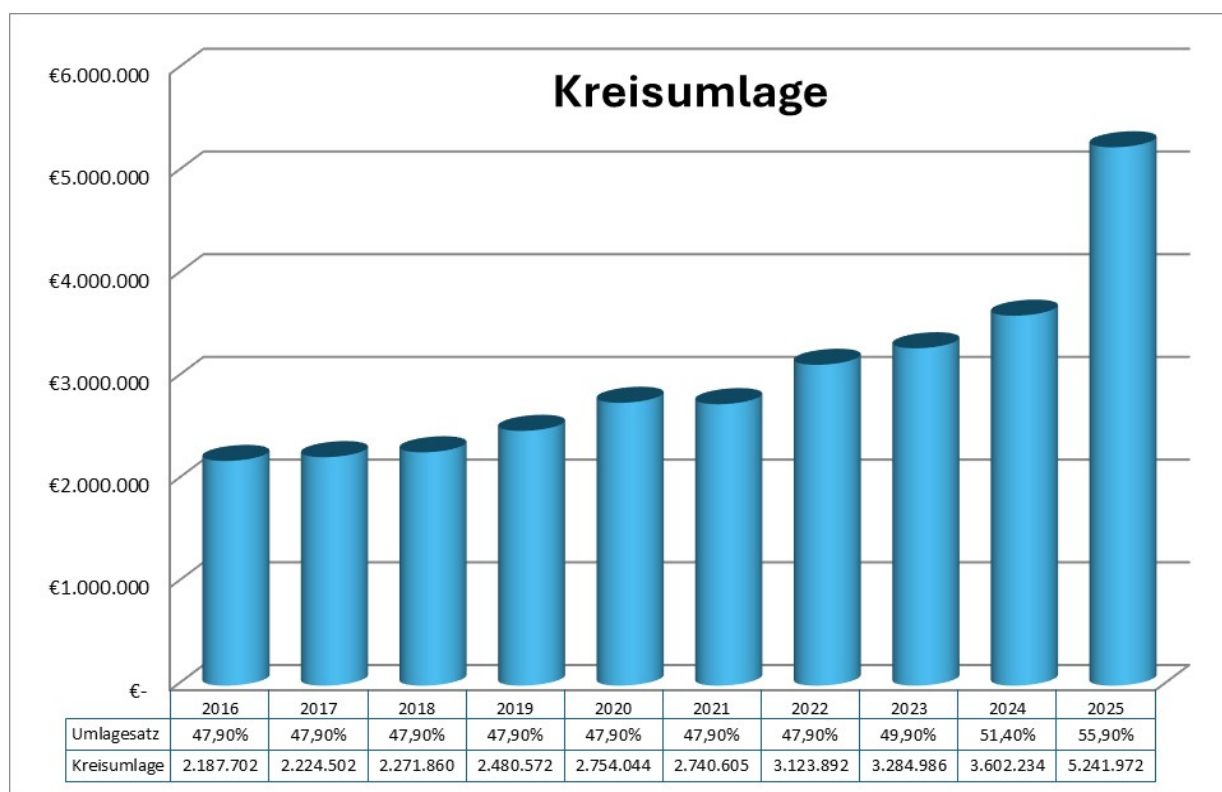
Die Umlagekraft errechnet sich aus der Steuerkraft zuzüglich 80 % der Schlüsselzuweisung des Vorjahres. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 ergibt sich für das Haushaltsjahr 2025 eine sehr stark gestiegene Umlagekraft und damit eine deutlich höhere Kreisumlage, welche die Gemeinde Langenbach an den Landkreis abzuführen hat.

Berechnung: Steuerkraft 2025	9.377.410 €
+ 80 % der Schlüsselzuweisung 2024	+ 0 €
Umlagekraft 2025	= 9.377.410 €
Kreisumlagensatz	* 55,90 v.H.*)
Kreisumlage 2025	ca. 5.241.972 €

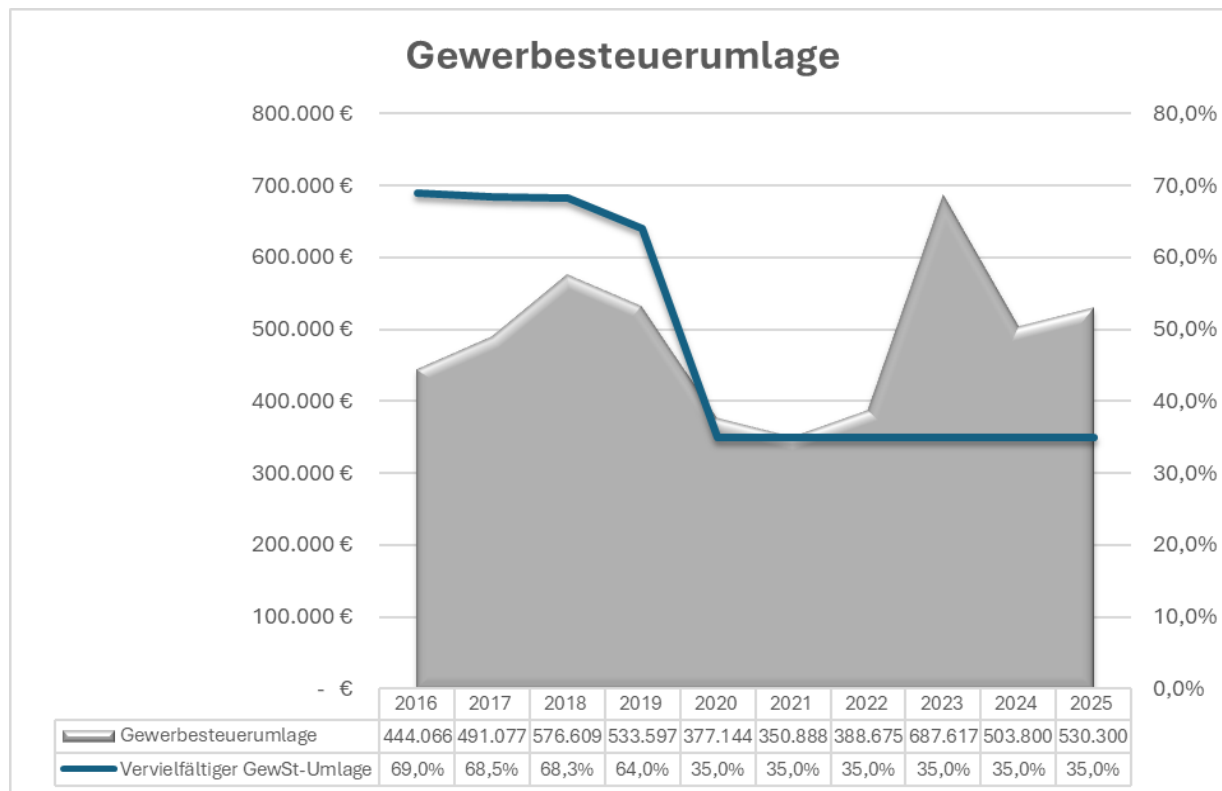
*) Der Umlagesatz steigt im Jahr 2025 voraussichtlich um 4,5 % von 51,4 % auf 55,9 %

Das Haushaltsjahr 2025 weist damit bei der Höhe der Kreisumlage einen neuen Rekordwert auf.

Im Finanzplan wird für das Jahr 2026 kein weiterer Anstieg angenommen.

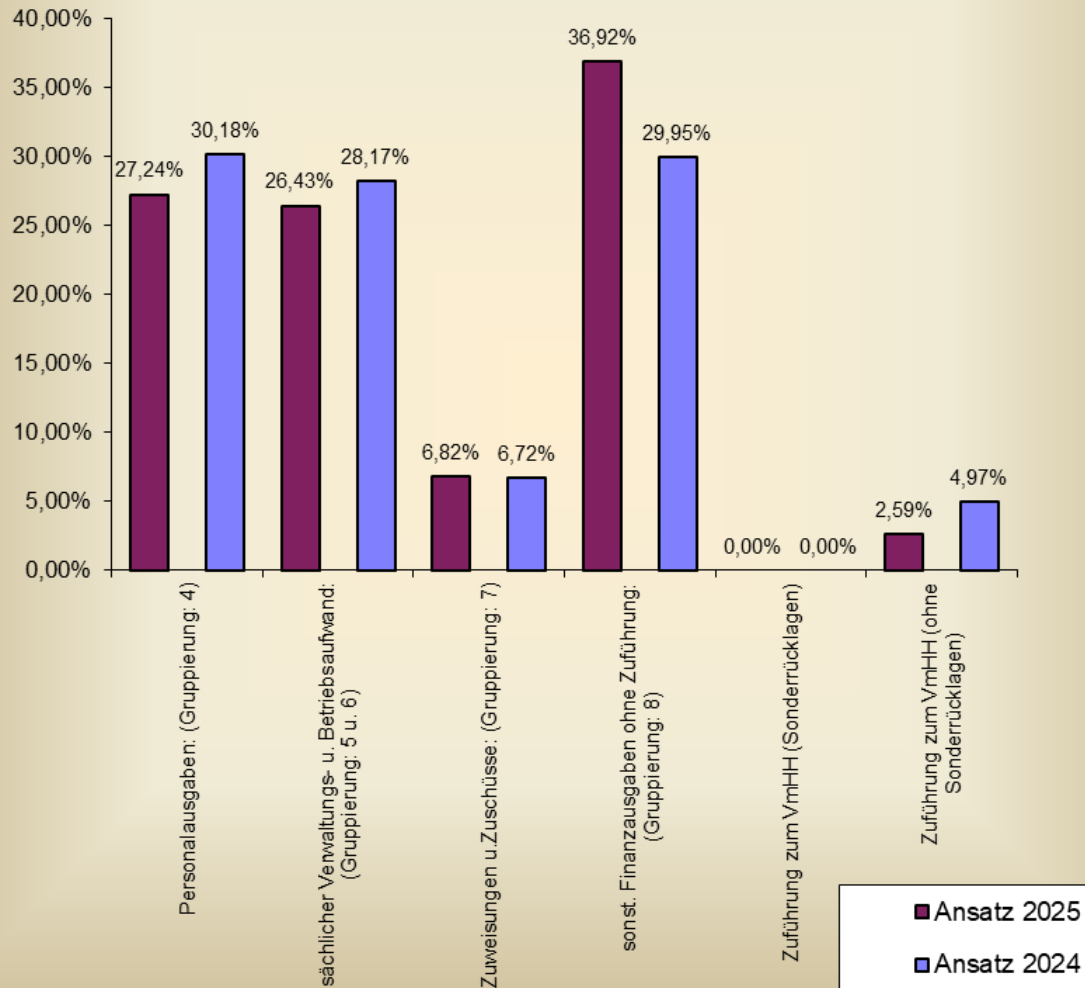


Erläuterung zu HHStelle 9000.8100: *Gewerbsteuerumlage*



Erläuterung zu HHStelle 9100.8600: **Zuführung zum Vermögenshaushalt** (siehe unter Punkt 5 / Seiten 21, 22)

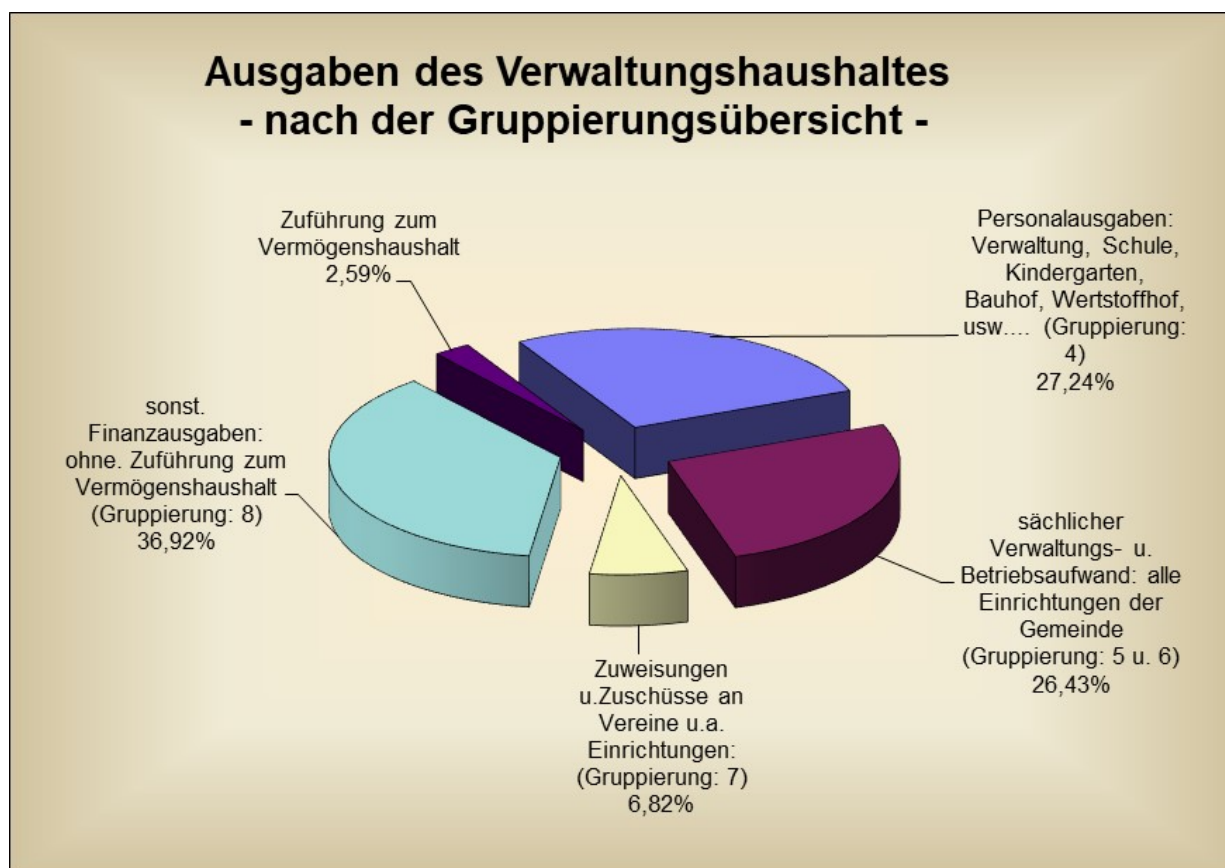
Veränderungen im Verwaltungshaushalt 2025 ggü. 2024 (Ausgaben) Anteile am Gesamtvolumen



Haushaltsjahr 2025

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes verteilen sich nach Gruppen wie folgt:

Gruppenbezeichnung	Ansatz	%-Anteil
Personalausgaben: (Gruppierung: 4)	4.425.200,00 €	27,24%
sächlicher Verwaltungs- u. Betriebsaufwand: (Gruppierung: 5 u. 6)	4.293.000,00 €	26,43%
Zuweisungen u. Zuschüsse: (Gruppierung: 7)	1.108.600,00 €	6,82%
sonst. Finanzausgaben ohne Zuführung: (Gruppierung: 8)	5.997.400,00 €	36,92%
Zuführung zum VmHH	420.800,00 €	2,59%
Summe	16.245.000,00 €	100%



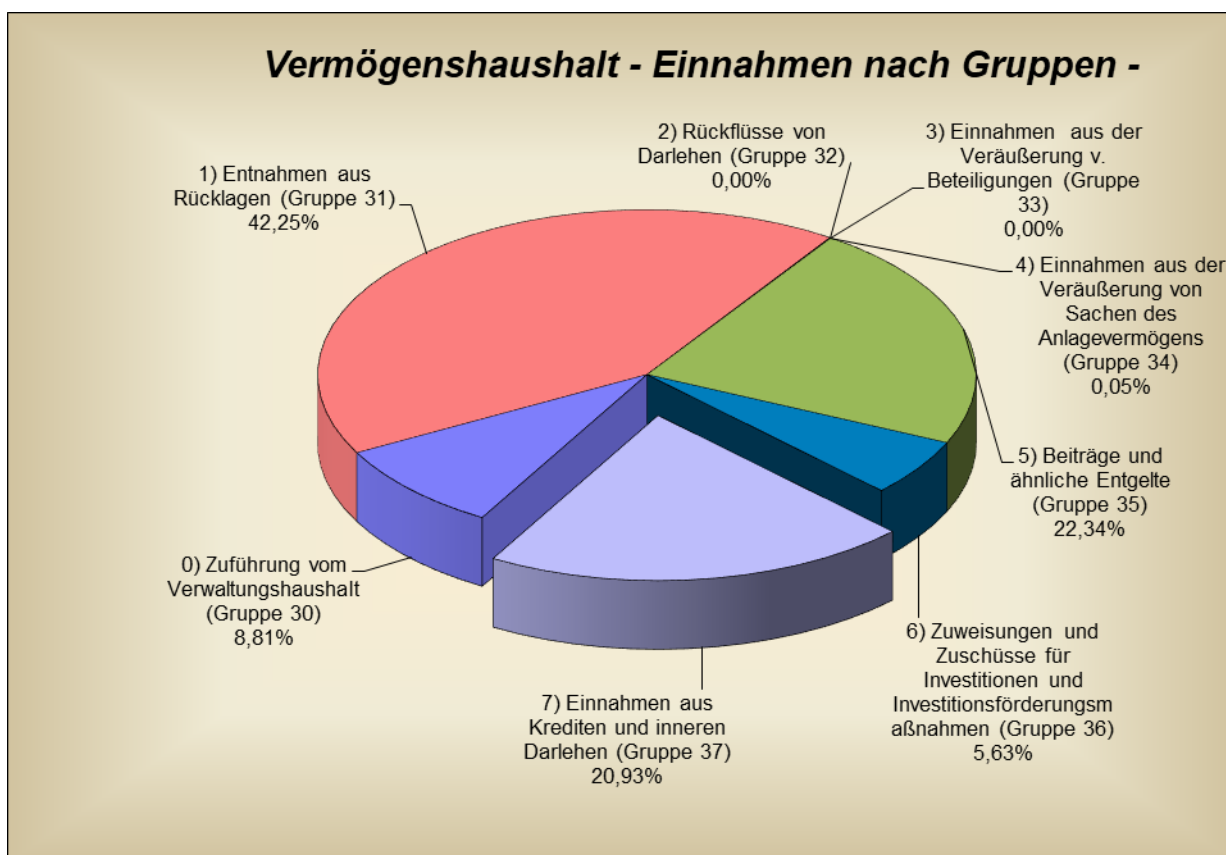
4.2. Vermögenshaushalt:

4.2.1. Einnahmen:

Haushaltsjahr 2025

Die Einnahmen des Vermögenshaushaltes verteilen sich nach Gruppen wie folgt:

Gruppenbezeichnung	Ansatz	%-Anteil
Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Gruppe 30)	420.800,00 €	8,81%
Entnahmen aus Rücklagen (Gruppe 31)	2.018.600,00 €	42,25%
Rückflüsse von Darlehen (Gruppe 32)	- €	0,00%
Einnahmen aus der Veräußerung v. Beteiligungen (Gruppe 33)	- €	0,00%
Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens (Gruppe 34)	2.200,00 €	0,05%
Beiträge und ähnliche Entgelte (Gruppe 35)	1.067.600,00 €	22,34%
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Gruppe 36)	268.800,00 €	5,63%
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen (Gruppe 37)	1.000.000,00 €	20,93%
Summe:	4.778.000,00 €	100%



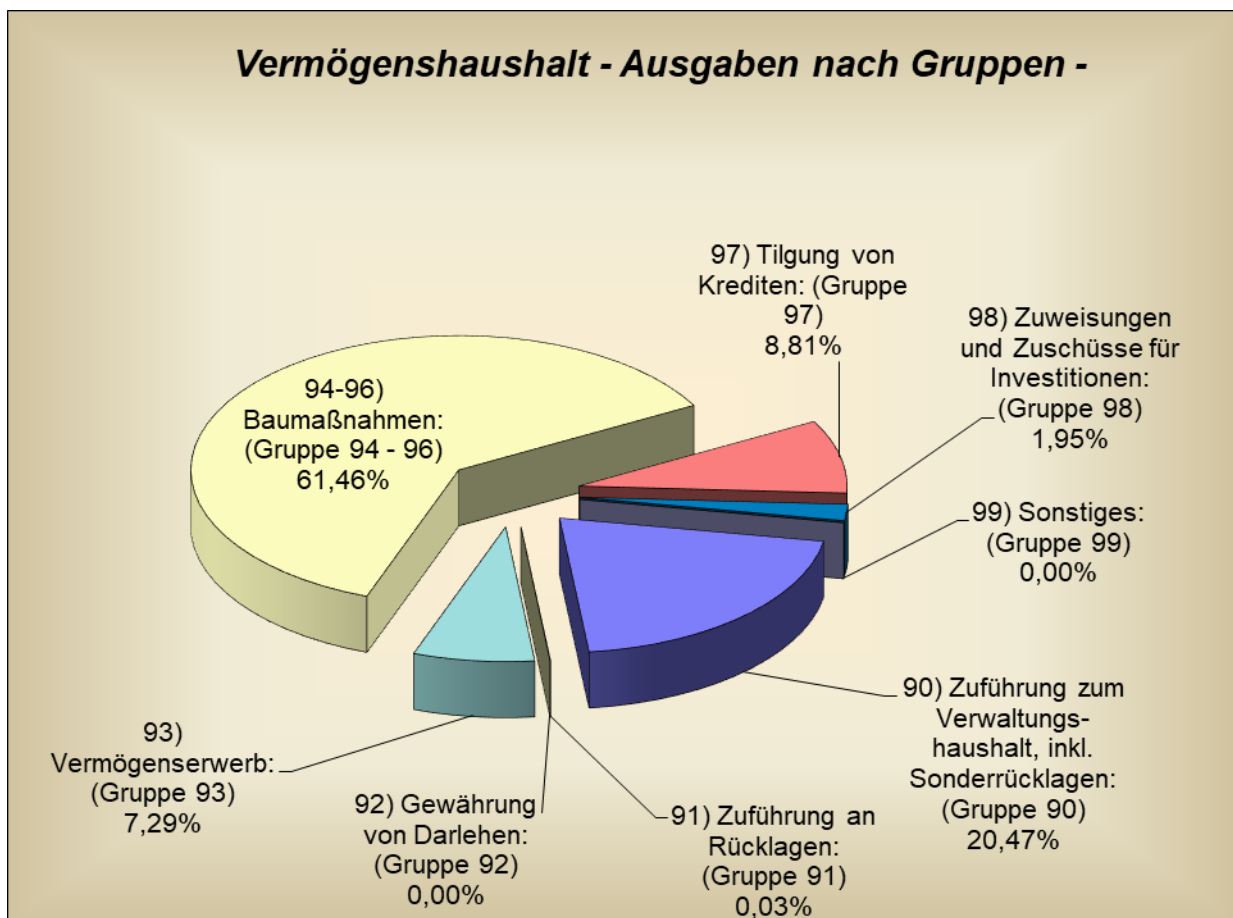
Einen erheblichen Anteil der Einnahmen im Vermögenshaushalt machen mit gut 42 % die Einnahmen aus der Entnahme aus Rücklagen aus. Mit mehr als 22 % machen einen weiteren großen Anteil die Beitragseinnahmen aus. Die Einnahmen aus Krediten kommen auf fast 21 %.

4.2.2. Ausgaben:

Haushaltsjahr 2025

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes verteilen sich nach Gruppen wie folgt:

Gruppenbezeichnung	Ansatz	%-Anteil
Zuführung zum Verwaltungshaushalt, inkl.Sonderrücklagen: (Gruppe 90)	978.000,00 €	20,47%
Zuführung an Rücklagen: (Gruppe 91)	1.200,00 €	0,03%
Gewährung von Darlehen: (Gruppe 92)	- €	0,00%
Vermögenserwerb: (Gruppe 93)	348.500,00 €	7,29%
Baumaßnahmen: (Gruppe 94 - 96)	2.936.500,00 €	61,46%
Tilgung von Krediten: (Gruppe 97)	420.800,00 €	8,81%
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen: (Gruppe 98)	93.000,00 €	1,95%
Sonstiges: (Gruppe 99)	- €	0,00%
Summe:	4.778.000,00 €	100%

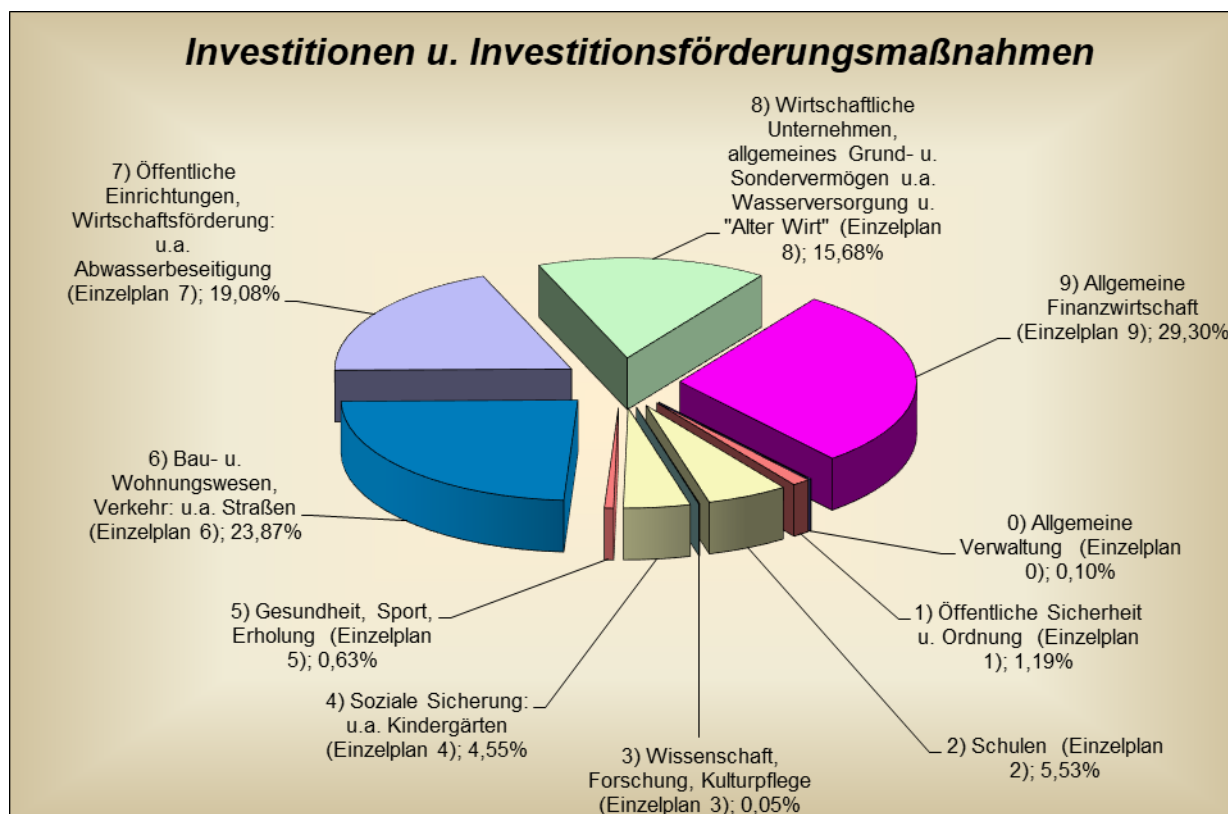


Im Vermögenshaushalt bildet die Ausgabengruppe 94-96 (Baumaßnahmen) mit über 61 % den größten Anteil.

Haushaltsjahr 2025

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes verteilen sich auf die Einzelpläne 0-9 wie folgt:

Einzelplanbezeichnung	Ansatz	%-Anteil
Allgemeine Verwaltung (Einzelplan 0)	5.000,00 €	0,10%
Öffentliche Sicherheit u. Ordnung (Einzelplan 1)	57.000,00 €	1,19%
Schulen (Einzelplan 2)	264.000,00 €	5,53%
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege (Einzelplan 3)	2.600,00 €	0,05%
Soziale Sicherung: u.a. Kindergärten (Einzelplan 4)	217.600,00 €	4,55%
Gesundheit, Sport, Erholung (Einzelplan 5)	30.000,00 €	0,63%
Bau- u. Wohnungswesen, Verkehr: u.a. Straßen (Einzelplan 6)	1.140.700,00 €	23,87%
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung: u.a. Abwasserbeseitigung (Einzelplan 7)	911.800,00 €	19,08%
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- u. Sondervermögen u.a. Wasserversorgung u. "Alter Wirt" (Einzelplan 8)	749.300,00 €	15,68%
Allgemeine Finanzwirtschaft (Einzelplan 9)	1.400.000,00 €	29,30%
Summe:	4.778.000,00 €	100%



5. Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt:

Die Haushaltsansätze für die Zuführung zum Vermögenshaushalt (ohne Sonderrücklagen) betragen im

Haushaltsjahr 2025:	420.800 €
Haushaltsjahr 2026:	825.800 €
Haushaltsjahr 2027:	782.800 €
Haushaltsjahr 2028:	763.800 €

Nach § 22 KommHV (Haushaltsausgleich) muss die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein (**Pflichtzuführung**), dass damit die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden kann (2025 = 420.800 €, 2026 = 545.800 €, 2027 = 645.800 €, 2028 = 720.800 €), soweit dafür keine Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 KommHV zur Verfügung stehen, z.B.:

- Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens
- Entnahmen aus Rücklagen
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter
- Beiträge und ähnliche Entgelte.

	2025	2026	2027	2028
Pflichtzuführung:	420.800 €	545.800 €	645.800 €	720.800 €
- Entnahme aus Rücklagen (Gr.31)	-2.018.600 €	-355.000 €	-1.708.500 €	-914.700 €
- Zuweisungen, Zuschüsse f. Investitionen	-268.800 €	-155.000 €	-378.700 €	-669.500 €
- Grundstücksverkäufe	-2.200 €	0 €	0 €	0 €
Verbleibende Pflichtzuführung	0 €	35.800 €	0 €	0 €

Die Zuführung soll ferner die Ansammlung von Rücklagen, soweit sie nach § 20 KommHV erforderlich ist, ermöglichen (**Sollzuführung**)

	2025	2026	2027	2028
Ausgaben der Gruppierungsnummer 935:	124.200 €	62.400 €	11.600 €	2.600 €
Straßenerneuerung (vgl. Straßenunterhaltszuschuss):	76.000 €	76.000 €	76.000 €	76.000 €
Sollzuführung:	200.200 €	138.400 €	87.600 €	78.600 €

und insgesamt mindestens so hoch sein (**Mindestzuführung**) wie die aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen.

	2025	2026	2027	2028
Pflichtzuführung + Sollzuführung	200.200 €	174.200 €	87.600 €	78.600 €
Abschreibungen	384.500 €	399.600 €	412.300 €	414.400 €
Mindestzuführung:	584.700 €	573.800 €	499.900 €	493.000 €

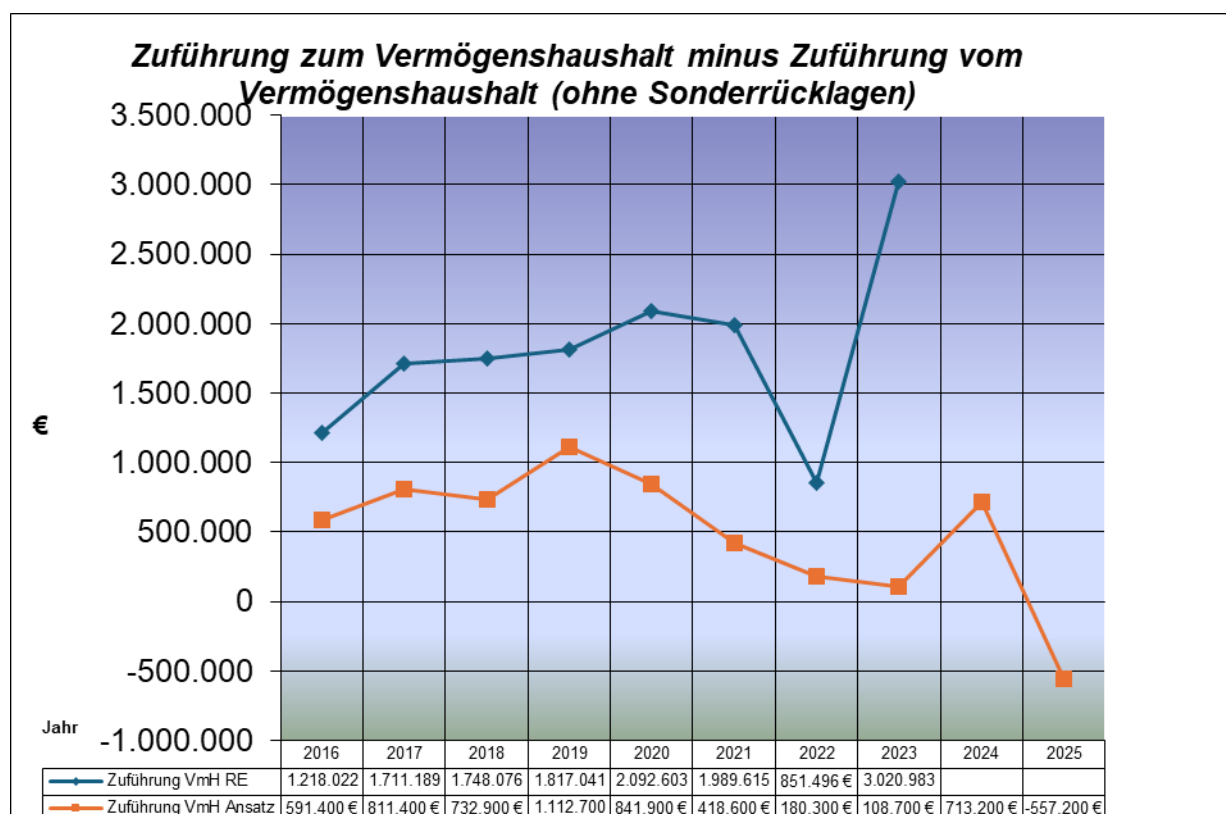
Der jeweils höhere Betrag aus Pflicht- u. Sollzuführung **oder** Mindestzuführung wird dem Vermögenshaushalt zugeführt.

Eine Mindestzuführung kann nur dann in Ansatz gebracht werden, wenn sie durch entsprechende Einnahmen des Verwaltungshaushalts auch erwirtschaftet wird. Wenn die Einnahmen des Verwaltungshaushalts die Ausgaben nicht in Höhe der Mindestzuführung übersteigen, kann nicht die Veranschlagung einer fiktiven, nicht durch Einnahmen gedeckten Zuführung zu einem Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt führen.

Lediglich die Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt ist auch dann zu veranschlagen, wenn sich dadurch im Verwaltungshaushalt ein Fehlbetrag ergeben würde.

Mittel der allgemeinen Rücklage dürfen zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts nur verwendet werden, wenn ein Haushaltsausgleich trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit bei den Ausgaben und Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten (z. B. Erhöhung der Realsteuerhebesätze) nicht erreicht werden kann (§ 22 Abs. 3 Nr. 1 KommHV).

Die vorgeschriebene Pflichtzuführung wird sowohl im Haushaltsjahr 2025 sowie in den Finanzplanjahren 2026 bis 2028 erreicht. Im Haushaltsjahr 2025 ist eine Zuführung zum Verwaltungshaushalt in Höhe von 978.000 € geplant, um die vorgeschriebene Höhe der Pflichtzuführung zu ermöglichen.



6. Rücklagen:

Die allgemeine Rücklage wies zum 01.01.2024 einen Stand in Höhe von 7.244.702,51 € auf. Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2024 wird der Rücklagenstand 5.250.000 € betragen. Nach Abzug der Mindestrücklage in Höhe von 131.686,67 € verbleibt ein Betrag in Höhe von 5.118.313,33 € zur Finanzierung künftiger Investitionen.

Zum Ende des Haushaltsjahres 2025 wird die allgemeine Rücklage voraussichtlich auf einen Betrag in Höhe von ca. 3.231.400 € sinken.

Stand der allgemeinen Rücklage zum				01.01.2025	5.250.000 €
Verwendung für Haushaltsreste a. Vj.				0 €	5.250.000 €
2025	Entnahme von	-2.018.600 €	Stand zum	01.01.2026	3.231.400 €
2026	Entnahme von	-355.000 €	Stand zum	01.01.2027	2.876.400 €
2027	Entnahme von	-1.708.500 €	Stand zum	01.01.2028	1.167.900 €
2028	Entnahme von	-914.700 €	Stand zum	31.12.2028	253.200 €

7. Vermögen: (laut Anlagennachweise nach § 76 Abs. 2 KommHV)

	Stand zu Beginn	Zugang	Abschreibungen	Stand am Ende
Wirtschaftsjahr 2023				
Abwasserbeseitigung Langenbach	3.309.314,80 €	345.439,32 €	178.606,12 €	3.476.148,00 €
Abwasserbeseitigung Hummel	522.650,42 €	26.137,36 €	32.237,62 €	516.550,16 €
Wasserversorgung	1.971.137,97 €	113.909,05 €	88.736,06 €	1.996.310,96 €
Photovoltaik	81.845,35 €	9.555,30 €	12.178,00 €	79.222,65 €
Gasthof zum Alten Wirt	1.918.346,48 €	4.424,49 €	74.865,49 €	1.847.905,48 €

8. Kassenlage/Kassenkredite:

Durch § 5 der Haushaltssatzung wird der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben festgesetzt. Dieser Höchstbetrag soll ein Sechstel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen nicht übersteigen.

Veranschlagte Einnahmen im Verwaltungshaushalt 2025:	16.245.000 €
Ein Sechstel:	2.707.500 €

Für das Haushaltsjahr 2025 ist ein Höchstbetrag für Kassenkredite von 1.000.000 € vorgesehen. Diese Kassenkreditermächtigung liegt damit im Rahmen des Art. 73 Abs. 2 GO.

9. Schulden:

Schuldenstand am 01.01.2024: 4.113.456,00 €.

Da im Jahr 2024 keine neuen Kreditneuaufnahmen (ohne Umschuldung) getätigt wurde und wegen der planmäßig durchgeführten Tilgung von 380.142,00 € wird sich der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2024 auf insgesamt 3.733.314,00 € belaufen.

Im Haushaltsplan 2025 sind neue Kreditaufnahmen mit einem Gesamtbetrag von 1,0 Mio. EUR vorgesehen. Geplant sind im gleichen Jahr Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von insgesamt 3,378 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der laufenden Tilgung in Höhe von 420.767 € wird sich der Schuldenstand zum 31.12.2025 planmäßig auf 4.312.547 € belaufen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. **1049,28 €** entspricht.

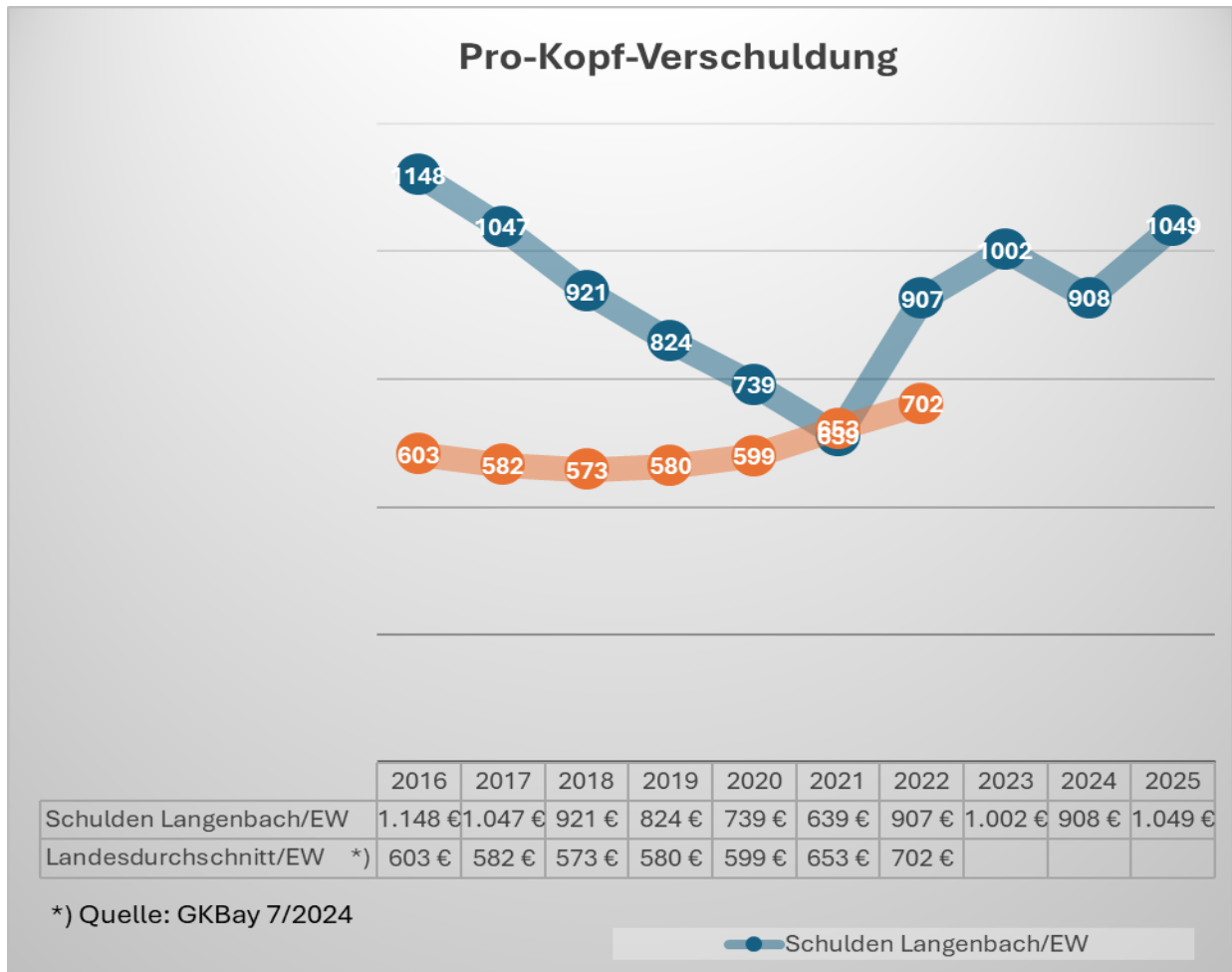
(Es wurde der statistische Einwohnerstand zum 31.12.2023 herangezogen: 4.110 Hauptwohnsitze).

Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden in unserer Gemeindegrößenklasse betrug zum 31.12.2022: (Quelle: Die Gemeindekasse 7/2024) **702 €.**

Die Verschuldung je Einwohner aller bayerischer Gemeinden im Jahr 2022 belief sich dabei auf 1.083 € ohne Eigenbetriebe und Krankenhäuser bzw. auf 1.378 € mit Eigenbetriebe und Krankenhäuser.

Im Finanzplan sind folgende weitere Kreditaufnahmen vorgesehen:

Haushaltsjahr 2026:	2.500.000 €
Haushaltsjahr 2027:	2.000.000 €
Haushaltsjahr 2028:	1.500.000 €
Gesamtaufnahmen im Finanzplanzeitraum:	6.000.000 €



10. Fremdfinanzierungen für Baulandbeschaffungs- und –erschließungsmaßnahmen (Kreditähnliche Verpflichtungen):

Finanzierungen mittels sog. Geschäftsbesorgungsvertrag außerhalb des Gemeindehaushalts z.B. über die Fa. Bayerngrund GmbH oder ähnl. sind derzeit **nicht** vorgesehen.

11. Übersicht über Beteiligungen:

Gemeinden haben nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört.

Der Gemeinde Langenbach gehören zum 31.12.2024 keine Anteile an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts in vorgenannten Umfang.

Die Gemeinde Langenbach ist an nachstehenden Gesellschaften beteiligt:

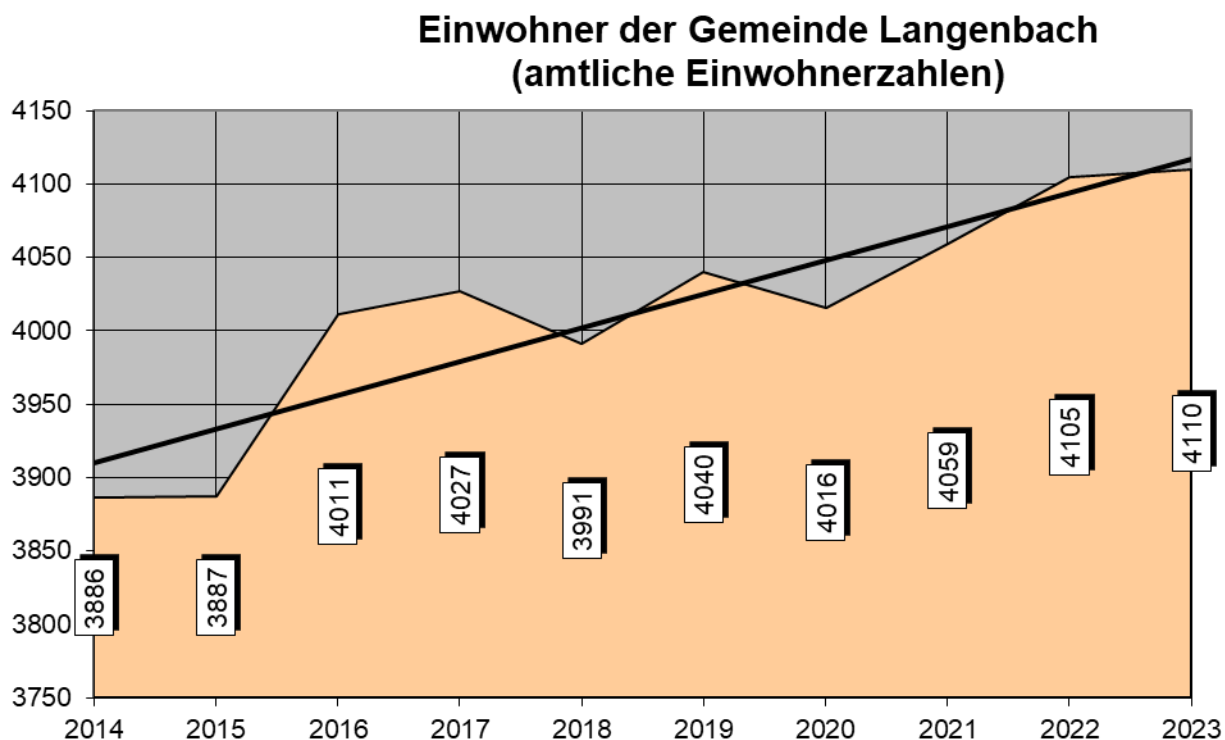
Gesellschaft	Beginn	Anzahl Anteile	Höhe der Beteiligung
Freisinger Bank eG – Geschäftsanteil	11.10.1990	1	150,00 €
Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land e.G. (BEG -FS)	30.07.2021	4	1.000,00 €

12. Statistische Angaben):

Entwicklung der Einwohnerzahlen:

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes hat die Gemeinde am 31.12.2023 insgesamt 4110 Einwohner.

(nachrichtlich: 30.06.2023: 4092 Einwohner, 31.12.2022: 4105 Einwohner, Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik u. Datenverarbeitung)



Steuerhebesätze:

	2023	2024	2025
Grundsteuer A	330 v.H.	330 v.H.	330 v.H.
Grundsteuer B	330 v.H.	330 v.H.	280 v.H.
Gewerbsteuer	330 v.H.	330 v.H.	330 v.H.

Die Steuerhebesätze der Grundsteuer A und Gewerbsteuer sind seit dem Jahr 2013 unverändert. Der Hebesatz der Grundsteuer B wird um 50 v.H. auf 280 v. H. gesenkt.

Zweitwohnungssteuer: Der Steuersatz ist seit dem Jahr 2007 unverändert und liegt bei 10 v.H. jährlich.

Langenbach, den 05.12.2024
-Kämmerei-

i.A. Schraner, Verwaltungsfachwirt